

treiben. Im Aktionsplan wird Macaus Brückenfunktion zwischen China und den portugiesischsprachigen Ländern zementiert. Die acht Staaten „erkennen die Plattformrolle an, die Macau bei der Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen spielen kann“. Das Organisationsbüro des Forums, das sich aus Beamten des chinesischen Handelsministeriums und der Regierung Macaus zusammensetzt, bleibt als ständiges Organ zur Überwachung der Umsetzung des Aktionsplans bestehen. Es arbeitet unter dem Ministerium für Wirtschaft und Finanzen der SVRM. Das zweite Forum findet 2006 – wieder in Macau – statt. Nach Beendigung des Forums besuchten einige Teilnehmer die 94. Exportmesse in Guangzhou und die 5. China Hightech-Messe in Shenzhen.

Zwei Wochen später – vom 27. bis 29. Oktober – trafen sich in Macau Gerichtspräsidenten aus den acht portugiesischsprachigen Ländern. Hauptthema war die Konsolidierung der Unabhängigkeit der Judikative durch die Autonomie der Gerichte bei Verwaltung und Finanzen. Regierungschef Edmund Ho eröffnete die Tagung, die hochrangigste Rechtstagung, die je in Macau stattgefunden hat. Macaus Rechtssystem ist aufgrund seiner Vergangenheit eng an das portugiesische angelehnt, so wie das Hongkonger in der britischen Rechtstradition fußt. Edmund Ho hob hervor, dass sich Macau dank des von China garantierten Prinzips „Ein Land, zwei Systeme“ einer unabhängigen Legislative und Judikative erfreue. Macaus Bemühungen um die Austragung der Tagung mache deutlich, wie das Prinzip praktiziert werde. Nach der Tagung reisten die Teilnehmer auf Einladung des Obersten Volksgerichtshofs der VR China noch nach Beijing und Shanghai. (Macau Government Information Bureau web site, www.gcs.gov.mo, 3., 29.9., 10.-14., 23.10.03; XNA, 11.-14., 27.10.03; RMRB, 13., 14.10.03; SCMP, 10., 14., 17.10.03) -ljk-

---



---

## Taiwan

---



---

### 33 Diplomatische Beziehungen mit Liberia beendet

Taiwan hat erneut einen Verbündeten verloren: Die Übergangsregierung des bürgerkriegsgeplagten Liberia erkannte am 12. Oktober die chinesische Regierung in Beijing an. Gemäß der Ein-China-Doktrin war eine weitere Anerkennung Taiwans damit nicht kompatibel. Wie gewöhnlich kündigte Taiwan seinerseits die Beziehungen zu dem untreu gewordenen Alliierten und gab bekannt, alle Finanzhilfe an Liberia einzustellen – in diesem Jahr hatte das afrikanische Land 2,8 Mio. US\$ aus Taiwan erhalten. Die Zahl der Staaten, die Taiwan anerkennen, beträgt nunmehr 26.

Parlamentarier aller Fraktionen gaben in einer gemeinsamen Erklärung Beijing die Schuld an dem Vorgang. Außenminister Eugene Chien (Jian Youxin) bot seinen Rücktritt an; Premierminister Yu Shyi-kun (You Xikun) lehnte das Angebot jedoch ab.

Nach Mazedonien und Nauru ist dies der dritte Verbündete, der in der Amtszeit von Präsident Chen Shui-bian die Seiten wechselt. Mangelnden diplomatischen Bemühungen oder Ungeschick auf Seiten Taiwans ist dies nicht anzulasten. Vielmehr zeigt sich immer deutlicher die wachsende Weltgeltung der VR China. Mit weiteren Abtrünnigen wird Taiwan in der nächsten Zeit zu rechnen haben. In mehreren Ländern, die derzeit noch Taiwan anerkennen, könnte im nächsten Jahr eine beijingorientierte Opposition an die Macht kommen. (CNAT, nach BBC EF, 12.10., 14.10.03; TH, 13.10., 14.10.03; TT, 13.10.03) -hws-

### 34 US-Gesandte kritisiert mangelnde Verteidigungsanstrengungen

Mit deutlichen Worten forderte die Vorsitzende des American Institute in Taiwan, Therese Shaheen, Taiwan im Oktober zu mehr Verteidigungsanstrengungen und zu neuen Prioritäten in der Landesverteidigung auf. Die

Äußerungen spiegeln einen in der US-Regierung wachsenden Unmut über Taiwan wider: Das Land verlasse sich zu sehr auf US-Hilfe und unternehme selbst zu wenig, sich gegen die wachsende Gefahr einer chinesischen militärischen Intervention zu wappnen. Wenn Taiwan so weitermache wie bisher, werde China bald über eine militärische Übermacht verfügen. Die wachsende Zahl von gegen Taiwan gerichteten Mittelstreckenraketen, die China stationiere, sei nur ein Teil des Problems. Taiwan müsse erkennen, dass die von ihm gewünschten (und von den USA zugesagten) U-Boote – die erst neu entwickelt werden müssen – viel zu spät kämen. Kürzerfristig realisierbare Maßnahmen seien dringend erforderlich. Shaheen nannte speziell die U-Boot-Abwehr und Frühwarnsysteme.

Tatsächlich leidet die Reform der Landesverteidigung wie auch die Beschaffung neuer Rüstungsgüter unter den Unzuträglichkeiten im politischen System Taiwans und hier vor allem unter dem Gegeneinander von Regierung und Parlamentsmehrheit. Die Versäumnisse reichen jedoch bis in die KMT-Ära zurück, als China militärtechnisch noch weit unterlegen war. Mit dem dortigen Entwicklungstempo hat man in Taiwan nicht gerechnet, außerdem war es bequem, sich darauf zu verlassen, dass die USA Taiwans Sicherheit gegenüber der VR China garantieren würden. Jahr um Jahr wurde das Verteidigungsbudget gekürzt, eingeleitete Reformen – Verkleinerung des unsinnig großen Wehrpflichtigenheers, bessere Ausbildung, Modernisierung des Waffenarsenals, integrierte Kommandostrukturen – kamen und kommen viel zu langsam voran. Gemessen an der tatsächlichen militärischen Gefährdung Taiwans und der dortigen Entschlossenheit darf die Kritik Shaheens sogar noch als diplomatisch zurückhaltend gelten. Dass sie nicht intern vorgetragen wurde, zeigt, wie ernst man das Problem in den USA unterdessen nimmt. (FT, 18.10.03; TT, 17.10.03) -hws-

### 35 Schulbuchstreit um chinesische und taiwanische Geschichte

Das Bildungsministerium stellte im Oktober neue Richtlinien für die Geschichtslehrbücher an Sekundarschulen vor. Die Richtlinien sehen vor, den Unterricht mit der Geschichte Taiwans zu beginnen. Daran soll sich die Behandlung der Geschichte Chinas und daran wiederum die Weltgeschichte der Neuzeit anschließen. Im letzten steckt der brisante Punkt: Die chinesische Geschichte vom Jahr 1500 an bis zur Gründung der Republik (1912) wird unter „Weltgeschichte der Neuzeit“ subsumiert. Oppositionsparlamentarier sprachen sogleich vom Versuch, die „Republik China“ aus den Lehrbüchern zu tilgen: Die Verfasser der Richtlinien dienten lediglich einer bestimmten politischen Partei – der unabhängigkeitsorientierten DPP.

Da die Ausarbeitung der Richtlinien nicht von der Regierung vorgenommen wurde, sondern von angesehenen Wissenschaftlern – einem Kustos des Nationalen Palastmuseums sowie einem Professor der Tsinghua-Universität – wirkt der Vorwurf der Parteilichkeit nicht sehr überzeugend. Gleichwohl fügen sich die neuen Richtlinien in den seit Jahren zu beobachtenden und neuerdings verstärkten Trend, Taiwan im Bewusstsein seiner Bewohner mehr Profil im Sinne einer eigenständigen Nation zu verleihen. Nachdem die „Republik China“ ihren Alleinvertretungsanspruch für ganz China aufgegeben hat und nicht mehr das Ziel verfolgt, das Festland zurückzuerobern, ist die Tendenz, sich auf die eigenen, spezifisch taiwanischen Wurzeln zu besinnen, verständlich und konsequent. Zudem erscheint eine eigenständige Behandlung der taiwanischen Geschichte auch nicht willkürlich: Als die Insel 1683 erstmals von Truppen der chinesischen Zentralregierung (Qing-Dynastie) erobert wurde, hatte sie schon eine fast hundertjährige Geschichte als zunächst portugiesischer Handelsposten, später als holländische Kolonie, dann als eigenes chinesisches Staatswesen hinter sich. Seit der Eroberung Taiwans durch Japan 1895 verlief Taiwans Geschichte ebenfalls getrennt von der des Festlands. Der jetzige Konflikt um die Schulbuchrichtlinien beleuchtet einmal mehr die

Tatsache, dass Taiwan eine eigene nationale Identität noch nicht gefunden hat, auch wenn große Teile der Bevölkerung wie auch die jetzige Regierung sie anstrebt. (TT, 16.10.03) -hws-

### 36 Menschenrechtspreis für Chen Shui-bian

Taiwans Präsident Chen Shui-bian konnte am 31. Oktober bei einem Zwischenstopp in New York auf dem Weg nach Panama eine besondere Auszeichnung entgegennehmen: den Menschenrechtspreis der Internationalen Liga für Menschenrechte. Dass Chen diese Ehrung zuteil würde, hatte die Liga bereits Anfang Oktober bekannt gegeben. Chen erhielt den Preis für seine Verdienste um die Demokratisierung Taiwans und für sein lebenslanges Engagement bei der Förderung der Menschenrechte. Die Auszeichnung stellt Chen in eine illustre Reihe früherer Preisträger, darunter Andrei Sacharov, Nelson Mandela und Elie Wiesel. (TH, 2.10., 27.10.03; CNAT, nach BBC PF, 29.10.03) -hws-

### 37 Unterstützung für Chens Referendums- und Verfassungspläne

Die Überlegung von Chen Shui-bian scheint aufzugehen, mit dem Vorhaben, Taiwan eine neue Verfassung zu geben, seine Anhängerschaft im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen für ein neues Ziel zu begeistern. Jedenfalls weckte der Präsident mit seinem Ende September überraschend geäußerten Vorschlag (vgl. C.a., 2003/9, Ü 33) nicht nur einiges Aufsehen, sondern entfachte in Politik und Öffentlichkeit eine Debatte um die Zukunft von Taiwans Demokratie. Sichtbarsten Ausdruck fand dies am 25. Oktober im südtaiwanischen Kaohsiung bei einer Großdemonstration von 200.000 Bürgern, die auf die Straße gingen, um Chens Pläne für eine neue, per Plebiszit zu verabschiedende Verfassung zu unterstützen. Aufgerufen zu dem „Referendumsmarsch“ hatten die Regierungspartei DPP, die kleine TSU als ihr Hauptverbündeter sowie ein Aktionsbündnis für das Referendumsgesetz.

Präsident Chen hat sich inzwischen auch etwas konkreter zur Frage geäu-

ßert, worum es bei der Verfassungsreform – deren Notwendigkeit kaum bestreitbar ist – gehen soll: nämlich allgemein um eine „Vertiefung“ der taiwanischen Demokratie und um eine Effektivierung des politischen Systems. Beides sei nötig, um den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts begegnen zu können. Im Einzelnen benannte er sechs Bereiche bzw. Fragen, die die neue Verfassung zu regeln habe:

- ob das Parlament auf die Hälfte verkleinert und das Wahlsystem dahingehend verändert werden soll, dass in Zukunft (wie in Deutschland) pro Wahlkreis nur noch ein Kandidat direkt gewählt wird und eine Zweitstimme über die Stärke der Fraktionen in der Volksvertretung entscheidet;
- ob der Präsident weiterhin mit einfacher oder aber mit absoluter Mehrheit gewählt werden soll;
- ob das politische System präsidentiell geprägt sein soll (nach amerikanischem Vorbild), wobei der Präsident die Minister beruft und entlässt, oder ob das Kabinett und der Ministerpräsident vom Parlament gewählt werden sollen;
- ob die Fünf-Gewalten-Teilung beibehalten oder durch die übliche Drei-Gewalten-Teilung ersetzt werden soll;
- ob es zwei oder drei staatliche Verwaltungsebenen geben soll;
- welche neuen Vorstellungen zur Wahrung von Minderheitenrechten und grundlegender Menschenrechte verwirklicht werden können.

Gleichzeitig traten Chen und andere DPP-Mitglieder der auch von amerikanischer Seite geäußerten Befürchtung entgegen, die neue Verfassung solle Taiwan als unabhängigen Staat festschreiben und könne die VR China damit zu militärischer Intervention provozieren. Chen zufolge hat die neue Verfassung mit der Frage einer eventuellen Unabhängigkeit oder Wiedervereinigung mit China nichts zu tun; das bei seinem Amtsantritt gegebene Versprechen, keinen unabhängigen taiwanischen Staat zu erklären, gelte weiterhin.

Selbst die Opposition, die Chens Vorhaben zunächst rundheraus ablehnte,

sah sich bald im Zugzwang. Lien Chan (Lian Zhan), Vorsitzender der mächtigen Oppositionspartei Kuomintang, erklärte Anfang Oktober, seine Partei wersetze sich einer Verfassungsrevision nicht, werde aber nach Rücksprache mit anderen Parteien und im Dialog mit der öffentlichen Meinung eigene Vorschläge unterbreiten. Wichtiger allerdings sei, Taiwans Wirtschaftsprobleme zu lösen und die Lebensverhältnisse der Bürger zu verbessern. Chen Shui-bian konterte am 8. Oktober, eine Reform des politischen Systems schaffe überhaupt erst die Voraussetzung für effektiveres Regierungshandeln; die neue Verfassung sei zur Sicherung von Taiwans wirtschaftlicher Zukunft nötig.

Mitte des Monats untermauerte Chen die Ernsthaftigkeit seiner Forderung nach einer neuen Verfassung bei Gesprächen mit ausländischen Experten, darunter mit Winfried Hassemer, dem Vizepräsident des deutschen Bundesverfassungsgerichts, sowie mit Udo Bartsch von der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung.

Solche Fachgespräche deuten darauf hin, dass der Ruf nach einer neuen Verfassung in den Augen von Chen Shui-bian nicht nur kurzfristig als Wahlkampfthema fungiert, sondern sich mit einer ernsthaften und langfristig angelegten Handlungsperspektive verknüpft. Es bleibt abzuwarten, welche konkreten Vorstellungen Chen von der neuen Verfassungsordnung vorlegt. Bisher blieb er darin mit seinen Äußerungen seltsam vage. (CNAT, nach BBC PF, 30.9., 2., 6., 11., 14., 16.10.03; CNAT, nach FBIS, 1.10.03; TH, 1., 8.10.03; TT, 1., 26.10.03; WSJ, 3.10.03; FT, 27.10.03) -hws-

### 38 Taiwan ehrt Song Meiling

In New York starb in der Nacht des 23. Oktober (Ortszeit) Song Meiling (auch „Soong May-ling“), nach ihrem Mann auf Englisch meist als „Madame Chiang Kai-shek“ titulierte. Im methusalemischen Alter von 105 oder 106 Jahren war sie die letzte Zeugin einer Epoche, die mit ihrem Tod nun endgültig Geschichte wird.

Song Meiling war die wohl bedeutendste Frauengestalt auf politischer und gesellschaftlicher Bühne in Chi-

na des 20. Jahrhunderts. Sie wurde am 12.2.1898 – nach anderen Angaben am 5.6.1897 – auf Hainan geboren und erhielt eine westlich-christliche Ausbildung mit Abschluss am Wellesley College, Massachusetts, USA. Durch ihre Schwester Song Qingling wurde sie Schwägerin des Republikgründers Sun Yatsen, durch ihre andere Schwester Song Ailing Schwägerin von H. H. Kung (Kong Xiangxi), einem der reichsten Männer der Republik. Als Frau von Jiang Kaishek (Jiang Jieshi), der die Geschicke der Republik bestimmte, seit er sich 1927 an die Macht putschte (wenige Monate vor der Heirat der beiden), war sie ebenso bekannt für ihren luxuriösen Lebensstil wie für ihre politische Willenskraft. Da ihr Mann kein Englisch sprach, avancierte sie gegenüber Ausländern zu seiner Sprecherin und persönlichen Diplomatin. Berühmt wurde sie durch die flammende Rede an den US-Kongress, in der sie 1943 um Unterstützung für China (bzw. das Regime ihres Mannes) im Kampf gegen Japan warb. Seit dem Tod ihres Mannes 1975 lebte sie in den USA, kehrte aber noch viermal – zuletzt 1995 – nach Taiwan zurück.

Der Tod der langjährigen First Lady wurde in Taiwan als Staatsangelegenheit behandelt. Vizepräsidentin Lü begab sich in die Chiang-Kaishek-Gedenkhalle und verbeugte sich dort vor einem Bildnis der Verstorbenen. Präsident Chen ließ den Angehörigen sein Beileid übermitteln und ordnete an, dass die taiwanische Vertretung in New York die Trauerfeiern unterstütze; die Regierung setzte dafür zudem eine Kommission ein. Die ehemalige Staatspartei Kuomintang, deren langjähriger Führer Song Meilings Mann war, berief ebenfalls eine spezielle Arbeitsgruppe ein und ließ auf halbmast flaggen. Die Regierung kündigte eine entsprechende Beflaggung für den Tag der Beisetzung an. Präsident Chen werde, so hieß es, einen für New York geplanten Zwischenstopp auf dem Weg zu einem Staatsbesuch in Panama nutzen, der Trauerfeier beiwohnen und den Sarg Song Meilings mit der Staatsflagge zu bedecken. Das Vorhaben zerschlug sich jedoch, da die Beisetzung auf den 5. November terminiert wurde, wenn Chen bereits in Panama ist.

Nicht alle waren einverstanden, die Bestattung in dieser Weise zur nationalen Angelegenheit zu machen. Opposition kam sowohl aus einem Teil der Verwandtschaft – für die Chen Shui-bian ein rotes Tuch ist – wie auch aus Teilen der Regierungspartei DPP. So erklärte ein Mitglied der DPP-Parlamentsfraktion, Song Meiling sei lediglich die Witwe eines früheren Diktators.

In der Tat hat Taiwan wenig Grund für Eulogen auf Song Meiling. Es geht hier mehr darum, wer sie nun als politische Symbolfigur für sich in Anspruch nehmen kann: die politischen Erben in Jiang Kaisheks „Republik China“ oder die Erben Chinas in Beijing, Jiams – und Songs – einstige Todfeinde? In der Ehrung vergangener Machthaber suchen ihre Nachfolger stets die eigene Legitimation zu stützen. Der demokratisch gewählte Chen Shui-bian hat dies im Grunde nicht nötig, aber da Beijing davon profitieren könnte, durfte er nicht zurückstehen. (TT, 25.10.03; TH, 28.10., 29.10.03) -hws-

---



---

## Übersichten Online

Eine Auswahl der Übersichten dieser Zeitschrift können Sie auch **kostenlos** online lesen.

Auf der **Homepage des Instituts für Asienkunde** ([www.duei.de/ifa](http://www.duei.de/ifa)) finden Sie unter dem Menüpunkt „Zeitschriften“ die Inhaltsverzeichnisse aller Ausgaben dieser Zeitschrift seit 1999 sowie jeweils ausgewählte Übersichten im Volltext seit Ende 2000.

Auf der **Homepage des Hamburger „Haus der Aussenwirtschaft“** ([www.aussenwirtschaftszentrum.de](http://www.aussenwirtschaftszentrum.de)) finden Sie unter dem Menüpunkt „Aktuelles und Analysen“ auch wirtschaftsbezogene Übersichten aus dieser Zeitschrift. Hier können Sie darüber hinaus eine gezielte Suche in der Archiv-Datenbank des „Hauses“ vornehmen.